

TOTAL-RÄUMUNGS-VERKAUF
In der Teppichwelt!

Bis zu **80%** Räumungs-rabatt auf Teppiche!

WIR RAUEN NEU! **möbel staude**

Hannover-Hainholz Meelbaumstr. 15

Hannoversche Allgemeine

www.haz.de

Sonnabend/Sonntag, 21./22. August 2010

Z E I T U N G

Nr. 194 • 33. Woche • Preis 1,80 €

HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1



Ballgefühl:

96 startet heute gegen Frankfurt in die Bundesligasaison / S. 30



Freiheitsgefühl:

Die Serie „Berlin, Berlin“ geht dem Einfluss der Amerikaner nach / S. 5

Taktgefühl:

Sind Dirigenten Magier oder nur zur Dekoration da? / 7. Tag

Taxifahrerverein rügt Qualität der Chauffeure

Hannover (fx/sfu). Nach der Verurteilung eines hannoverschen Taxifahrers wegen der Vergewaltigung einer 21-Jährigen findet der Chef des Allgemeinen Taxifahrervereins Hannover, Peter Größer, deutliche Worte in Bezug auf seine Zunft. Ein „relativ großer Prozentsatz“ der hannoverschen Chauffeure ist seiner Ansicht nach „nicht fähig, Taxi zu fahren“. Aufgrund des „Übervolumens“ an Taxien in der Landeshauptstadt sei dieser Umstand vorprogrammiert. Laut Größer haben schon viele Frauen sexuelle Belästigung in hannoverschen Taxen erlebt. Sanktionen gegen Fahrer, die sich solche oder andere Vergehen zuschulden kommen lassen, bleiben fast immer aus. Auf Größers Einschätzungen angesprochen sagten hannoversche „Droschkenkutscher“ gestern, oft gingen sexuelle Avancen von betrunkenen weiblichen Fahrgästen aus. **Seite 18**

HEUTE IN DER HAZ

Stadt verbietet Technoparty

Hannover: Die Stadt hat die für heute geplante Technoparty im Musiktheater Bad mit 4000 Besuchern verboten. Mit der Katastrophe von Duisburg habe das nichts zu tun, heißt es, der Veranstalter habe Auflagen nicht erfüllt. Die Party ist nun zum Expo-Gelände verlegt. **Seite 17**

Protest gegen Stromtrasse

Niedersachsen: Bürgermeister aus Südniedersachsen haben gemeinsam gegen eine geplante Stromtrasse durch die Region protestiert. Sie fordern eine Erdverkabelung. **Seite 7**

Sextäter unter Verdacht

Welt im Spiegel: Ein vorbestrafter Sexualstraftäter unter Führungsaufsicht steht im Verdacht, einen neunjährigen Jungen in Neustrelitz sexuell missbraucht zu haben. Der 26-Jährige hatte wegen verschiedener Übergriffe auf Kinder eine Freiheitsstrafe verbüßt. **Seite 10**

Rekordhoch bei Anleihen

Wirtschaft: Aussagen von Bundesbank-Präsident Axel Weber haben dem Rentenmarkt am Freitag Auftrieb verliehen. Die Kurse der Bundesanleihen stiegen auf Rekordhochs. Die Durchschnittsrendite der börsennotierten Bundeswertpapiere rutschte unter 2 Prozent. **Seite 11**

Dax 6005,16 (- 69,97)

Dow Jones (Schluss) 10 213,62 (- 57,99)

Euro (EZB) 1,2711 (1,2836) Dollar

Bayern siegt zum Auftakt

Sport: Bayern München ist ein erfolgreicher Start in die 48. Saison der Fußball-Bundesliga geglückt. Mit einem Treffer von Bastian Schweinsteiger in der Nachspielzeit erzielte der Titelverteidiger ein 2:1 (1:0) gegen den VfL Wolfsburg. **Seite 29**

Hannoversche Allgemeine

Roman	Seite 9
Börsen & Märkte	Seite 12
Veranstaltungen	Seite 16
Familienanzeigen	Seite 22
Rundfunkprogramm	Seite 25
Verschiedenes	Seite 25
Täglich (fast) alles	Seite 26
Fernsehprogramm	Seite 31
Medien	Seite 32
Reise & Urlaub	Seite R/1
Automarkt	Seite I/1
Handwerker	Seite I/6
Tiermarkt	Seite I/6
Immobilien-/Wohnungsmarkt	Seite II/1
Kreuzworträtsel	Seite II/8
Verkauf / Ankauf	Seite II/8
Stellenmarkt	Seite III/1
Bekanntschaften	Seite III/8

27° Anfangs sonnig, später dichter bewölkt, trocken.
18° Schwächer bis mäßiger Südwestwind. **Seite 26**

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Anzeigen: 01 80-1 23 43 21* und www.haz.de
Telefax Kleinanzeigen: 01 80-1 23 43 30*
Abonnenten-Service: 01 80-1 23 43 34*
Internet: www.haz.de



30 000 Fans sehen die lange Rad-Nacht

Um 23.47 Uhr stand gestern Abend der Sieger fest – und mit Weltmeister Cadel Evans aus Australien hätte er nicht würdiger ausfallen können. Der Radprofi ge-

wann zu später Stunde das Hauptrennen der „Nacht von Hannover“. Mit 30 000 Zuschauern war die Besucherzahl eine Enttäuschung, die Veranstaltung war es

nicht. Die Radsportfans genossen das Zweiradspektakel und feuerten die Fahrer an auf dem schnellen Parcours vor der Oper. **► Seite 27**

Manager machen mobil gegen Merkels Atomkurs

„Investitionen werden blockiert“ / Gabriel: Brutale Propagandawelle

VON MICHAEL M. GRÜTER

Berlin. In der Wirtschaft formiert sich offener Widerstand gegen die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Angeführt von den vier großen Versorgern wenden sich mehr als 40 Wirtschaftsführer und Prominente mit einem „energiepolitischen Appell“ an die Öffentlichkeit. „Eine Politik, die darauf setzt, den Haushalt mit neuen Energiesteuern zu sanieren, blockiert die notwendigen Investitionen in die Zukunft“, heißt es in dem Appell. Als Beispiele werden die geplante Brennelementsteuer für Atomkraftwerke und die „weiter steigende“ Ökosteuer genannt.

Zu den Unterzeichnern gehören Josef Ackermann (Deutsche Bank), Bahnchef Rüdiger Grube, BASF-Chef Jürgen Hambrecht, BDI-Präsident Hans Peter Keitel, Gerhard Cromme (Thyssen Krupp), Werner Bahlsen und Carsten Maschmeyer, aber auch aktive und ehemalige Politiker wie die früheren SPD-Minister Wolfgang

Clement und Otto Schily, der Merkel-Rivale Friedrich Merz (CDU) und DFB-Manager Oliver Bierhoff.

Der Vizechef der Unionsfraktion, Michael Fuchs (CDU), erläuterte seine Unterschrift gegenüber dieser Zeitung mit „großer Verärgerung“ und „Sorge um den „Industriestandort Deutschland“. Er habe wiederholt auf die Probleme aufmerksam gemacht – ohne Resonanz. Bei einem weiter steigenden Strompreis würden die Branchen Chemie, Stahl, Glas und Papier gefährdet. Der AWD-Gründer Carsten Maschmeyer sagte gegenüber dieser Zeitung: „Ich möchte keine Standortnachteile für die deutsche Wirtschaft.“ Er fügte hinzu: „Noch lieber wären mir Anzeigen in den Nachbarländern Holland und Frankreich gewesen mit dem Aufruf: Schaltet eure Atomkraftwerke genauso schnell ab wie wir unsere.“

Regierungssprecher Steffen Seibert wehrte sich gegen den Eindruck, es handle sich um einen Aufstand gegen Merkel. Die Kanzlerin sehe in dieser Anzeige

„einen vollkommen erlaubten Diskussionsbeitrag“, sagte Seibert. Das Kabinett will am 1. September über das Haushaltsbegleitgesetz mit dem Milliarden-Sparpaket entscheiden. Ein Teil davon ist die Atomsteuer, aus der jährlich 2,3 Milliarden Euro in den Etat fließen sollen.

SPD-Chef Sigmar Gabriel forderte die Regierung auf, die Gespräche mit den Konzernen über eine Einführung der Brennelementsteuer zu beenden. „Wir erleben eine beispiellose Propagandawelle der vier Atomkonzerne, die ihre Interessen brutal durchsetzen wollen“, sagte Gabriel der hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast nannte die Kampagne „rückwärtsgewandt und dekadent“. „Hier haben sich vierzig Männer, die gedanklich im letzten Jahrhundert stehen geblieben sind, zu einem Kreuzzug gegen die Zukunft zusammengefügt.“

► Was bewegt die Manager? Seite 11
► Wie lautet der Kompromiss? Seite 11

Mehr Hilfe für Pakistan

Islamabad (dpa). Angesichts der wachsenden Not in Pakistan dringen die Vereinten Nationen auf eine schnelle Auszahlung der zugesagten Hilfgelder. Bislang sind nach UN-Angaben 252 Millionen Dollar der angeforderten knapp 460 Millionen Dollar Nothilfe eingegangen. Mehrere Länder sagten ein stärkeres Engagement zu. Inzwischen zeichnet sich aber ab, dass die Summe bei Weitem nicht ausreichen wird, um die entstandene Not zu lindern.

► Nato plant Luftbrücke Seite 4
► Spendenkonten Seite 4

Niedersachsen löst Staatsbad-Chef ab

Bad Nenndorf (kw). In der Leitung des landeseigenen Staatsbads Nenndorf ist es offenbar zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Der Geschäftsführer wurde abgelöst, wie die Vorsitzende des Aufsichtsrates, Finanz-Staatssekretärin Cora Hermenau, bestätigt hat. Zu Details wollte sie nichts sagen. Nach Informationen dieser Zeitung hat es merkwürdige Finanzbeziehungen zwischen dem bisherigen Geschäftsführer und einer in der Region und für das Staatsbad tätigen Werbeagentur gegeben.

► Staatsbad in der Krise Seite 7

Vietz im Visier der Staatsanwaltschaft

Hannover (dis). Wegen Bestechungsverdachts hat die Staatsanwaltschaft Firmen- und Privaträume des hannoverschen Pipeline-Spezialisten Eginhard Vietz durchsucht. Anlass der Razzia waren Äußerungen des Unternehmers in einem Zeitungsinterview. Darin hatte Vietz zugegeben, dass er im Auslandsgeschäft Schmiergeld gezahlt habe. Auf die Frage, warum er dies getan habe, hatte er erklärt: „Weil es nun einmal Länder gibt, in denen es nicht anders geht.“ Vietz war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

► Freimütige Äußerungen Seite 13

Rentenstreit in der SPD schlägt Wellen

Gabriel verbittet sich die Kritik Münteferings

Berlin (dpa/gst). In der SPD hat sich der Rentenstreit kurz vor der Entscheidung der engsten Parteiführung zugespitzt. SPD-Chef Sigmar Gabriel wies Kritik seines Vorgängers Franz Müntefering an dem geplanten Kurswechsel scharf zurück.

Gabriel sprach von „Unterstellungen“ des früheren Bundesarbeitsministers. In einem Brief an Müntefering wies Gabriel laut „Tagesspiegel“ auf die derzeit „völlig unzureichende“ Lage für ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt hin. Gabriel will erreichen, dass die schrittweise Einführung der Rente mit 67 in Deutschland um mindestens drei Jahre verschoben wird.

Müntefering indessen warnt seine Partei vor Aufweichungen bei der bisherigen Linie. Die Dynamik zur Erhöhung des Rentenalters dürfe jetzt nicht unterbrochen werden. Gut für die Glaubwürdigkeit von SPD und Politik sei der Vorschlag zu einer Verschiebung der Reform jedenfalls nicht. Der Vorsitzende der Gewerkschaft IG BCE, Michael Vassiliadis, verlangte von der SPD eine grundlegende Lösung. „Den Start der Rente mit 67 zu verschieben, ist sinnvoll, aber die Probleme sind damit nicht gelöst“, sagte Vassiliadis der hannoverschen Allgemeinen Zeitung. „Ich erwarte von der SPD mehr als nur einen Vertragungsabschluss.“ Am Sonntagabend will die engste Spitze über das weitere Vorgehen beraten. Nach einer Kompromissformel soll die Rente mit 67 erst dann eingeführt werden, wenn mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Der linke Parteiflügel und ein Teil der Gewerkschaften fordern dagegen eine klare Absage an die Rente mit 67.

► Im Gespräch Seite 2

„Zu viel Häme, Spott und Misstrauen“

Bundespräsident Wulff spricht bei Treffen mit 1500 Zeitungslern von tiefen Gräben zwischen Bürgern und Politik

VON GABI STIEF UND DANIEL BEHRENDT

Berlin. Nach Auffassung von Bundespräsident Christian Wulff muss noch viel getan werden, um das gegenseitige Verständnis zwischen Bürgern und Politik zu verbessern. „Diese Aufgabe ist noch viel größer, als ich es befürchtet hatte“, sagte Wulff am Freitag vor Beginn eines Treffens mit 1500 Zeitungslern aus ganz Deutschland, darunter auch 50 Lesern der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, die Wulff am Abend an ihrem Tisch zumindest ganz kurz auch persönlich begrüßte.

Früher sei man dafür gelobt worden, dass man sich engagiere und für ein politisches Amt kandidiere. „Heute begleitet die Politiker viel Häme, viel Spott und viel Misstrauen – mehr als früher, und das kann so nicht bleiben“, sagte Wulff. Demokratie funktioniere nur, wenn

Menschen Verantwortung übernehmen und nicht jeder Politiker als Karrierist verhöhnt werde. „Für dieses unser Land haben wir die Verantwortung, wir haben kein anderes Land, es ist unser Land, aus dem müssen wir gemeinsam etwas machen.“ Wulff warb zugleich für ein größeres Miteinander in der Gesellschaft: „Es gibt ganz große Erwartungen an den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, an das Thema soziale Gerechtigkeit, dass alle ihrer Verantwortung nachkommen und dass diese Gesellschaft nicht auseinanderfällt.“

Gemeinsam mit 1500 Lesern von Tageszeitungen nahm Wulff am Abend an einem Essen vor dem Brandenburger Tor in Berlin teil. Die sogenannte „Tafel der Demokratie“ wurde zum dritten Mal vom Verein Werkstatt Deutschland ausgerichtet; die Veranstalter berufen sich auf historische Vorbilder und sehen das gemeinsame Mahl als „Zeichen für le-



Christian Wulff mit seiner Frau und Begrüßungskindern gestern Abend in Berlin. **Finn**

bendige Demokratie“. Bei niedersächsischem Kartoffeleintopf mit Rinderbrustwürfeln sollten möglichst viele der eingeladenen Bürger Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit dem Bundespräsidenten und seiner Frau Bettina bekommen. Am Tisch der HAZ-Le-

ser drückte er die 84-jährige Groß-Buchholzerin Jutta Freund an sich, alle anderen grüßte er im Vorbeigehen.

Derweil wollte die Arbeitsgemeinschaft Soziales Berlin am Freitag mit einer „Tafel der Habenichtse“ und Linsensuppe ebenfalls am Brandenburger Tor für höhere Hartz-IV-Regelsätze demonstrieren. Das Treffen solle auch ironischer Protest gegen eine „Vertafelung“ der Gesellschaft sein, hieß es. Wie Mitorganisator Roland Klautke am Donnerstag sagte, ist das schlichte Essen symbolische Gegenveranstaltung zur Tafel der Demokratie mit dem Bundespräsidenten. Beide Essen fanden in Sichtweite voneinander statt. Die Arbeitsgemeinschaft fordert die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um mindestens 80 Euro, von die Abhängigkeit sozial Bedürftiger von den karitativen Essenstafeln im Land zu beenden.

► Leser an der Tafel Seite 19

Energiepolitik Keine Spielwiese

VON STEFAN WINTER

Schwarz, rot und gold schiebt sich ein Streifen seitlich ins Bild. Hellblau schimmern die Umriss der Bundesrepublik. „Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft“ steht ungefähr auf der Höhe Hannovers. Es könnte eine Anzeige der Bundesregierung sein. Aber es ist eine Anzeige gegen sie. Mehr als 40 führende Männer aus der Wirtschaft haben sich zusammengetan, um ihrem Ärger über die Energiepolitik Luft zu machen – und wohl nicht nur darüber. Die Mischung ist bunt, vielleicht ein bisschen zu bunt, um uneingeschränkt zu wirken. Aber es sind genug Schwergewichte dabei, um den „Energiepolitischen Appell“ ernst zu nehmen.

Das Thema ist nicht ohne. Für ein Land, das seine Stärke nicht bei Dienstleistungen, sondern in Industriegütern hat, ist die Energiewirtschaft keine Spielwiese. Gerade erlebt der Export einen überraschenden Aufschwung, und mancher feiert, als sei die Rezession längst vergessen. Doch exportiert werden nicht Haarschnitt oder Steuerberatung, sondern Stahl, Maschinen und Autos – trotz aller Einsparungen immer noch produziert mit immensen Energiebedarf. So ist es mehr als nur Wortgeklingel, wenn der BDI und seine Mitstreiter sichere, saubere und bezahlbare Energie in Deutschland für unerlässlich erklären.

Erst „Konsens“, dann Stillstand

Der Weg dorthin gehört zu den größten Streitfragen dieser Gesellschaft. Die rot-grüne Regierung schien mit dem Atomkonsens zumindest die Richtung festgelegt und die ersten Schritte gemacht zu haben. Doch die Energiekonzerne sahen sich nie als Teil eines Konsenses, sondern eher als Opfer einer Erpressung. Jahrelang warteten sie auf ihre schwarz-gelbe „Wunschregierung“, die das lästige Stück Papier schon entsorgen würde. In vier Jahren Großer Koalition wuchs die Vorfreude, jetzt wächst seit knapp einem Jahr der Frust.

Der hat durchaus seine Berechtigung. Denn seit jenem „Konsens“ ist die Energiepolitik nicht viel weiter gekommen. Bei der Kanzlerin heißt die Kernkraft jetzt „Brückentechnologie“ – nicht zuletzt deshalb, weil Angela Merkel mit dem Begriff die Gräben zwischen den Lagern ihrer eigenen Partei überbrücken will. Das in einigen Wochen erwartete Energiekonzept der Bundesregierung soll weiter führen. Bedenkt man die Dauer der Diskussion und die Bedeutung des Themas, ist das nicht nur aus Sicht der Industrie ein kümmerlicher Zwischenstand.

Er erklärt sich wohl auch aus mehreren Eigenschaften der Kanzlerin. Als Physikerin hatte Merkel nie ein Problem mit der Kernenergie. Als Politikerin weiß sie um die Ablehnung dieser Technologie in der Bevölkerung. Und als Kanzlerin zeigt sie keine Neigung zu Konflikt und schwierigen Entscheidungen. Das sind denkbar schlechte Voraussetzungen für ein derart ideologiebeladenes Thema wie die Energiepolitik.

Allerdings hat die Industrie auch wenig getan, um die Sache voranzubringen. Sie freut sich zwar am üppig geförderten Aufschwung von Solar- und Windkraftanlagen, steht im Übrigen aber in Treue fest zur Kernenergie. Man darf damit rechnen, dass sie jeden Ausstiegsplan als vorläufig und als beizeiten korrigierbar betrachtet – so wie den letzten.

Die platte Lobbyarbeit

Der bisher beispiellose Appell der Wirtschaftsgrößen ist kein Beitrag zur Vertrauensbildung. Viel Raum nimmt die Klage über finanzielle Belastungen ein, was zumindest mit Blick auf die beteiligten wohlhabenden Energiekonzerne wenig Eindruck macht. Die Staatsverschuldung, von den gleichen Leuten sonst heftig kritisiert, soll bitte nicht mit Einnahmen aus Energiesteuern abgebaut werden. Der vermeintlich im nationalen Interesse verfasste Appell sinkt so zur platten Lobbyarbeit herab. Das mindert seine Überzeugungskraft erheblich.

Die Wirkung leidet auch, wenn man das vergangene Jahr Revue passieren lässt. Beim Blick auf die Unterzeichnerliste wird die Kanzlerin Josef Ackermann entdecken und sich an die Rettung diverser Banken durch die Bundesregierung erinnern – oder auch an das Geburtstagessen, das sie dem Deutsche-Bank-Chef im Kanzleramt ausrichtete. Matthias Wissmann ist dabei, Vertreter der prämiengestützten Autobranche. Bei Gerhard Cromme, Aufsichtsratschef von ThyssenKrupp, mag ihr die Verlängerung der Kurzarbeit in den Sinn kommen, und bei vielen anderen werden es die beiden Konjunkturprogramme sein. Jede dieser Hilfen für sich hat Milliarden gekostet, alle zusammen sind eine gigantische Anstrengung des ganzen Landes – zugunsten der Wirtschaft. Vielleicht folgen ja noch Dankesanzeigen.